

E-17

Titel	Verbot von Kriegswaffenexporten an Nicht-Nato Staaten	
AntragstellerInnen	Stuttgart	
Zur Weiterleitung an	Juso Bundeskongress, Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

1 Wir fordern ein Verbot von Kriegswaffenexporten an alle Staaten, welche nicht Mitglied der NATO,
2 oder NATO gleichgestellt (Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz) sind. Ebenso fordern wir die
3 Öffnung der Debatte über Rüstungsexporte im Bundessicherheitsrates (BSR) für die Öffentlichkeit und das
4 Entziehen des Stimmrechtes für den Bundeswirtschaftsminister bei der Entscheidung über Waffenexporte im
5 BSR. Sondergenehmigungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen, wie zum Beispiel für Israel, möglich.
6 Darüber hinaus fordern wir eine effektive Endverbleibskontrolle der Waffen in den entsprechenden Staaten.
7 Eine Weiterverbreitung der Waffen in Krisenregionen muss in jedem Fall verhindert werden.

8

9 **Begründung**

10 Mit einem scharfen Blick in die Welt beobachten wir, dass in den letzten Jahren immer mehr Krisen eskalieren
11 und Kriege ausbrechen. Statista zählte 2005 noch 3 und 2017 über 20 Kriege weltweit. Die Anzahl gewalt-
12 samer Krisen verdoppelte sich im selben Zeitraum. So sind uns Kriege wie in Afghanistan oder Syrien sehr
13 präsent.

14 Zynisch passend dazu werden nahezu jedes Jahr mehr Waffen exportiert. 1997 waren es Kriegswaffen im ge-
15 samt Wert von nur 707,4 Mio. Euro 2010 gab es den bis dahin traurigen Höchstwert von 2,1 Mrd. Euro. 2016
16 sollen, laut des GKKE Waffenexportberichts, Kriegswaffen im Wert von über 12,6 Mrd. Euro exportiert
17 worden sein. In den letzten Jahren zählten Diktatoren Regime wie das von Bashar al Assad, menschenrechts-
18 verletzende Staaten wie Saudi Arabien, Länder mit kriegerischen Auseinandersetzungen wie etwa 2011 Libyen
19 und Instabile Staaten wie der Irak zu den Empfängerländern Deutscher Waffen. Täglich sterben schätzungs-
20 weise 112 Menschen alleine durch den Einsatz von Heckler und Koch Waffen.

21 Aus diesen Gründen dürfen Kriegswaffen nicht an Drittstaaten verkauft werden.

22 Des Weiteren ist es essentiell wichtig, dass die Beratung über mögliche Waffenexporte für die Öffentlichkeit
23 zugänglich zu machen. Jede*r Minister*in und jede*r Kanzler*in muss zu seiner*ihrer Entscheidung auch in
24 der Öffentlichkeit stehen müssen.

25 Ebenso dürfen Kriegswaffenexporte keine Frage der Wirtschaftlichkeit sein. Die Entscheidung muss im Sinne
26 der ethischen Verantwortung und des Friedens gefällt werden. Somit ist es nicht notwendig, dass der Bundes-
27 wirtschaftsminister über Waffenexporte im BSR abstimmt. Sehr wohl darf er eine beratende Funktion einneh-
28 men.

29 Wir haben in unserem Grundsatzprogramm festgelegt Aufrüstung zu vermeiden. Deshalb sehen wir uns in
30 der Pflicht, unseren Grundsätzen an dieser Stelle treu zu bleiben und dem Trend des Waffenexports mit Taten
31 entgegenzuwirken. Diese Änderungen wären große Errungenschaften für die deutsche Friedenspolitik, welche
32 in immer turbulenter werdenden Zeiten eine Signalwirkung auf die gesamte Welt haben könnte.